CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland – Lorraine – Luxembourg-Rheinland-Pfalz-Wallonie-FédérationWallonie-Bruxelles - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens
23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Empfehlung zur Kooperation in den Bereichen Recycling und Abfallwirtschaft in der Großregion

Für eine grenzüberschreitende Recyclingpolitik

Der Interregionale Parlamentarierrat, zusammengekommen in seiner Plenarsitzung in Trier am 16. Mai 2014,

A. vertritt die Auffassung, dass die grenzüberschreitende Kooperation beim Recycling und der Abfallwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz sowie zur Stärkung der Verknüpfungen zwischen den Mitgliedsregionen der Großregion leistet,

B. ist davon überzeugt, dass die Großregion das Potential hat, die Recyclingpolitik ihrer Teilregionen weiter auszubauen,

C. begrüßt die Bemühungen zur Anwendung und Umsetzung der Recyclinggesetze, insbesondere hinsichtlich der Abfallrichtlinie 2008/98/EG,

D. begrüßt das soziale Engagement der Akteure im Recyclingbereich der Großregion,

E. hebt hervor, dass Recycling und Abfallwirtschaft ein noch unterschätzter Beschäftigungsmotor sind,

F. unterstützt die ehrgeizigen Initiativen des Austausches von Best-Practice-Modellen, die es in der Großregion gibt,

G. verweist auf die Hierarchie der Abfallwirtschaft, wonach Vermeidung vorrangiges Ziel ist und Wiederverwendung und Recycling vor der energetischen Verwertung oder der Entsorgung stehen müssen,

empfiehlt auf Vorschlag der Kommission 4 „Umwelt und Landwirtschaft“, die am 7. März 2014 im Recycling-Zentrum „SuperDrecksKëscht“ in Colmar-Berg zusammengekommen ist,

1. dass die Großregion ihr Potential im Bereich der nachhaltigen Abfallwirtschaft und des Recyclings und damit eine effiziente Nutzung der Ressourcen durch eine stärkere Kooperation noch stärker ausschöpft,

2. dass die Hierarchie der Abfallwirtschaft besser berücksichtigt wird und spricht sich für eine verstärkte Sensibilisierung zur Abfallvermeidung bei den Bürgerinnen und Bürger, in den öffentlichen Institutionen und den privaten Betrieben aus,

3. die Technologien, die sich auf nachhaltige, wiederverwendbare oder recyclingfähige Produkte konzentriert, fördert,

4. dass die Exekutiven eine konkrete interregionale Kooperation zur Förderung der Forschung und von Investitionen im Bereich Recycling innerhalb der Großregion schaffen,

5. in die Forschung zu investieren, damit die Qualität der Recyclingprozesse weiter verbessert wird, insbesondere die Sortier- und Reinigungsverfahren von Kunststoffen, damit sämtliche Stoffe recycelt werden können,

6. Maßnahmen zu fördern, die dazu dienen, die Trennung an der Quelle, die Sammlung und das Recycling der prioritären Abfallströme in der ganzen Großregion sicherzustellen,

7. darauf zu achten, dass die Regionen, Kommunen und Landkreise ausreichend informiert sind, um sie in die Lage zu versetzen, an der effizienten Umsetzung der bestehenden europäischen und nationalen Gesetze mitzuwirken,

8. den Kommunen eine ausreichende Unterstützung zu gewähren, damit diese die von den europäischen und nationalen Gesetzen gesteckten Ziele erreichen können, insbesondere die der Erreichung der Recyclingquote, die überall die 50 %-Marke überschreiten sollte,

9. die Bürger noch mehr für die umweltrelevanten, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekte des Recyclings, auch in Form von Schulkampagnen und Besichtigungen von Recyclingzentren für alle Altersgruppen zu sensibilisieren,

10. regelmäßig klar formulierte und ansprechende Leitfäden zur Abfallsortierung für die Haushalte zu erstellen,

11. die Schaffung von grenzüberschreitenden Bildungsprojekten im Bereich Abfallmanagement und Recycling zu fördern,

12. eine Kampagne zur Förderung der Nutzung von Recyclingmaterialien, wie etwa Recyclingpapier in der gesamten Großregion durchzuführen,

13. eine Politik der Schaffung von sozial engagierten Recyclingzentren zu fördern, bei denen Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen gilt und insbesondere auch benachteiligte und behinderte Menschen beschäftigt werden,

14. dass die europäischen Institutionen die Umsetzung der Richtlinien 2008/98/EG entschlossen voranzutreiben, damit die langfristigen Zusagen der Mitgliedsstaaten effektiv umgesetzt werden,

15. dass der Gipfel der Großregion eine koordinierte langfristige Politik umsetzt, anhand derer in der Großregion selbst und bis 2030 eine globale Recyclingquote von über 60 % erzielt wird und die Großregion damit zu einer grenzüberschreitenden Modellregion wird, in der eine „Recyclinggesellschaft“, wie sie die EU-Kommission vorschlägt, Wirklichkeit wird.

Der Interregionale Parlamentarierrat richtet diese Empfehlung an

- den Regionalrat Lothringen
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
- die Regierung der Fédération Bruxelles-Wallonie
- die Regierung der Wallonie
- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
- die Regierung von Rheinland-Pfalz
- die Regierung des Saarlandes
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
- die Regierung der Französischen Republik
- die Regierung des Königreichs Belgien
- die Europäische Kommission
- das Europäische Parlament
- die Europaabgeordneten aus der Großregion

Trier, den 16. Mai 2014